

Energie kennt keine Nostalgie

Bundesrat Moritz Leuenberger anlässlich der Frühstückskonferenz mit EU-Kommissar Andris Piebalgs und dem stv. Direktor der Internationalen Energie Agentur IEA „Versorgungssicherheit und Klimawandel: Herausforderung für die nationale und internationale Energiepolitik“ vom 29. September 2005

Wir feiern heute ein Jubiläum, doch Energie kennt keine Nostalgie. Jubiläen, bei denen wir nostalgisch zurückblicken, ersticken uns, sie führen zu Verkalkung und Erstarrung. Jubiläen, die wir für die Zukunft nutzen, erneuern uns, sie wecken neue Impulse und neues Leben.

Ich danke Herrn Kommissar Piebalgs, dass er an diesem Tag der Erneuerung zu uns kommt, als neuer und erneuernder Kommissar und zugleich als Angehöriger eines neuen und sich erneuernden Mitgliedlandes der EU. Die Schweizerinnen und Schweizer haben Ihnen am letzten Sonntag einen roten Teppich ausgerollt und deutlich Ja zur erweiterten Personenfreizügigkeit gesagt. Lange war die Frage umstritten, doch als Ihr Besuch angekündigt wurde, ergab sich sofort eine grosse Mehrheit als ein Ja des Willkommens.

Mit dem Ja hat die Schweiz aber auch ausgedrückt: Wir wollen Erneuerungen und wir sind gewillt, sie als selbständiger Partner der EU zusammen mit ihr zu erreichen - in unserem Tempo der direkten Demokratie, aber mit dem gleichen Ziel.

Unsere Infrastrukturen sind derart miteinander verflochten, dass alle Länder dieser Erde, ganz unabhängig davon, ob sie nun in Staatengemeinschaften verbunden sind oder nicht, auf gemeinsame Regeln angewiesen sind. Das ist bei Verkehr und Energie ganz ausgeprägt der Fall, das betrifft aber auch die Umweltpolitik, denn das Klima hält sich partout nicht an die Landesgrenzen – und ist auch sonst nicht gerade verlässlich, liess es doch unsere Absicht, heute einen Staudamm zu besichtigen, ins Wasser fallen.

Wir haben die Unberechenbarkeit des Klimas gerade in den letzten Wochen drastisch erlebt: Katrina hat die drei Säulen der nachhaltigen Energiepolitik arg ins Wanken gebracht, ja sie hat sie teilweise geknickt und sie müssen wieder hergestellt werden. Diese drei Säulen heissen

- Versorgungssicherheit,
- Wirtschaftlichkeit
- und Umweltverträglichkeit

Katrina hat vieles zerstört und auch vieles blossgestellt.

1. Der **Grundpfeiler der Versorgungssicherheit** brach ein. Erdölplattformen, Raffinerien und die Stromversorgung am Golf von Mexiko fielen aus. Dank dem Notstandsplan der Internationalen Energie Agentur IEA, an dem sich auch die Schweiz beteiligt, konnte dieser Pfeiler wieder halbwegs aufgerichtet werden.

2. Risse traten am **Grundpfeiler der Wirtschaftlichkeit** auf: Seit Katrina beschäftigen sich Ökonomen noch intensiver mit den Auswirkungen der rekordträchtigen Erdölpreise auf die Konjunktur. Von Interessensvertreter werden Ablässe auf der Mineralölsteuer gefordert. Soziale Klüfte öffnen sich:
 - in den reichen Ländern seufzen Automobilisten an der Zapfsäule;
 - in New Orleans sind Abertausende wegen fehlender privaten oder öffentlichen Verkehrsmittel gestrandet.
 - Und in Jemen finden blutige Proteste der armen Bevölkerung statt, nachdem die Regierung die Subventionen zur Benzinverbilligung streichen musste.
3. Auch der **Grundpfeiler der Umweltverträglichkeit** scheint zu wackeln. Unwetter, extreme Hitz- und Kälteperioden und Wirbelstürme, die uns in immer kürzeren Abständen heimsuchen. Experten streiten über die Kausalitäten des Klimawandels. Diese Auseinandersetzungen entbinden uns Politiker nicht von der Verantwortung zu handeln.

Denn Katrina hat uns auch schonungslos gezeigt: Eine Gesellschaft ist auf funktionierende Infrastrukturen angewiesen. Sie sind die Grundlagen für jede Zivilisation. Brechen die äusseren Dämme, brechen bald auch die inneren.

1993 fassten die Energieminister der IEA ihre energiepolitischen Leitlinien prägnant unter den so genannten drei E's zusammen: Energy security, Economic Growth und Environmental Protection, also Energieversorgungssicherheit, Wirtschaftswachstum und Umweltschutz.

In der Schweiz wurde die nachhaltige Energiepolitik im Jahr 1990 in der Verfassung verankert. Seit über einem Jahrzehnt orientiert sich die nationale und internationale Energiepolitik an den Prinzipien der Nachhaltigkeit. Und je nach Zeitpunkt und Thema hatte im Spannungsfeld zwischen den drei E's das eine oder andere „E“ mehr Gewicht:

- Mit der Reform der Energiemärkte dominierte in den 90er Jahren des letzten Jahrhunderts in vielen Industriestaaten das **E des Wirtschaftswachstums**.
- Dann tauchte mit dem Kyoto-Protokoll das **ökologische E** auf und gewann mit der Umsetzung einer effektiven Klimapolitik an Bedeutung.
- Die Terroranschläge des 11. September 2001, verschiedene „Blackouts“ und die Veröffentlichung des EU-Grünbuchs zur Versorgungssicherheit rückten schliesslich das **E der Energieversorgungssicherheit** in den Vordergrund.

Nicht immer folgt die Schweiz in ihren energiepolitischen Prioritäten den internationalen Entwicklungen, obwohl sie in die internationale Energie- und Klimapolitik eingebunden ist:

Mit der Reform des Strommarkts lässt sich die Schweiz viel Zeit und wird nach den EU- und OECD-Staaten und auch nach China, Indien und Russland wohl eines der letzten Länder sein, das seinen Energiemarkt öffnet. Die Schweiz will hier nicht etwa zum Sonderfall werden oder sich gegenüber ihren Nachbarn gar Vorteile erwirken. Die Sorge der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger, die eine schnelle Öffnung ablehnten, liegen vielmehr gerade in der Nachhaltigkeit begründet:

Es bestand die Befürchtung, die Versorgungssicherheit, vor allem in den peripheren Gebieten, könne nicht mehr gewährleistet werden. Das ist eine Befürchtung, welche die Sozialverträglichkeit der Marktöffnung betrifft und der in der jetzigen Vorlage Rechnung getragen wurde.

Ein zweites Anliegen der Kritiker einer schnellen Öffnung war, dass die erneuerbaren Energien unter die Räder kommen könnten. Auch diese Sorge ist berücksichtigt und der Nationalrat hat letzte Woche deutliche Zeichen zugunsten der Erneuerbaren gesetzt.

Ein solcher Prozess braucht Zeit, die Zeit, welche eine direkte Demokratie benötigt. Auch in der EU haben direkte Volksabstimmungen, in Frankreich und in Holland, das Tempo des geplanten weiteren Vorgehens gedrosselt. Darum gehen wir behutsam vorwärts, ganz nach der Warnung der Amme in Romeo und Julia: Wer eilig läuft, der fällt.

Doch das Ziel werden wir erreichen, so wie wir sicher sind: Auch die EU wird zu einer nachhaltigen Verkehrspolitik finden. Sie braucht eben auch ihre Zeit.

Zielsetzungen der Energie- und Verkehrspolitik orientierte sich die Schweiz nämlich schon vor den meisten anderen Staaten, den ökologischen.

Erwähnt seien hier:

- der Verfassungsartikel von 1990,
- das ebenfalls 1990 gestartete Programm „Energie2000“ und
- das Nachfolgeprogramm „EnergieSchweiz“, der Energienutzungsbeschluss, mit welchem 1991 „Einspeisetarife“ für Strom aus erneuerbaren Energien eingeführt wurden,
- und die LSVA, unsere Maut, mit der wir die beiden Basistunnel für die Schiene durch die Alpen bezahlen.
- Lange bevor das Kyoto-Protokoll in Kraft trat, gab sich die Schweiz mit dem CO₂-Gesetz zudem ein Rechtsinstrument zur Erreichung eines selbst gesetzten Emissionsreduktionsziels.

Doch wo stehen wir heute? Und wie soll es weitergehen?

Die vom CO₂-Gesetz vorgeschriebene 10%-ige Reduktion des CO₂-Ausstosses bis 2010 ist mit einer CO₂-Abgabe auf Brennstoffen und dem Klimarappen auf Treibstoffen möglich. Das zeigen Hochrechnungen. Wir wollen an diesem Weg festhalten, auch wenn die stark gestiegenen Ölpreise zum Anlass genommen werden, vom Pfad abzurücken. Es ist ein Weg, der als typisch schweizerischer Kompromiss zustande gekommen ist und der von einem grossen Teil der Wirtschaft und der Bevölkerung getragen wird.

Nun wollen wir aber über den Zeithorizont 2010 hinaus blicken und den Zielhorizont nach Ablauf des CO₂-Gesetzes und des Programms „EnergieSchweiz“ ausloten. Auch die Wirtschaft hat ein Recht zu wissen, wie es weitergeht. Denn noch weiss niemand, wie das Regime nach Kyoto aussehen wird. Und kaum ein Land hat sich bereits auf weitergehende Emissionsreduktionsziele festgelegt.

Fest steht aber, dass zusätzliche Emissionsreduktionen nötig sein werden. Die Schweiz befürwortet deshalb die Weiterführung eines multilateralen Klimaabkommens.

Doch können wir mit diesem Bekenntnis grosse innenpolitische Herausforderungen nicht übertünchen:

- Die Schweizer Stromproduktion ist heute praktisch CO₂-frei: Dies ist ein entscheidender Vorteil für die Erreichung unseres Kyoto-Ziels. Wenn um das Jahr 2020 unsere ältesten Kernkraftwerke abgestellt werden, wird sich in der Schweiz eine Stromlücke öffnen. Als Antwort werden Gaskombikraftwerke diskutiert und derzeit werden für das erste Gaskraftwerkprojekt CO₂ Kompensationsmassnahmen definiert. Mehrere Gaskraftwerke wären aber eine enorme Herausforderung für unsere CO₂-Bilanz. Eine Alternative sind KKW, an deren innenpolitischen Akzeptanz ich zu zweifeln wage.
- Die ökologische Steuerreform ist und bleibt eine wichtige Option. Die energiepolitische Lenkungswirkung einer gut durchdachten Fiskalpolitik ist erwiesen. Das zeigt auch unsere LSVA.

Doch bereits melden Exponenten aus Politik und Wirtschaft wieder Zweifel an den längst überfälligen Reformen: an der Reform der Mineralölsteuer und der Einführung eines Bonus-Malus-Systems für Fahrzeuge. Dies ist schwer nachvollziehbar. Unsere Pionierleistung bei der LSV (Maut) wird inzwischen von etlichen EU-Ländern übernommen. Hingegen geraten wir bei Mineralöl- und Fahrzeugsteuerreform gegenüber dem Ausland wiederum in Verzug.

- In vielen EU-Staaten haben die erneuerbaren Energien dank einer konsequenten Förderpolitik beachtliche Marktanteile gewonnen und mittlerweile konkurrenzfähige Gestehungskosten erreicht. Dazu gehören nicht nur die bekannten Leistungen der deutschen oder dänischen Windkraft, sondern auch jüngste Trends in Grossbritannien, den Niederlanden, Norwegen, Italien, Portugal, Spaniens oder gar in China. Egal welche Fördermechanismen gewählt werden, letztlich zählen der politische Wille und die Finanzierungsbereitschaft, damit die Ziele erreicht werden können. Von diesem Schwung, den die erneuerbaren Energien in Europa gewonnen haben, möchten wir uns in der Schweiz gerne anstecken lassen. Der Entscheid des Nationalrats für erneuerbare Energien von letzter Woche ist ein Hoffnungszeichen.
- Die erneuerbaren Energien werden fast immer bei der Stromerzeugung erwähnt. Doch ebenso wichtig für die Schweiz sind Erneuerbare im Wärmebereich: Sie tragen unmittelbar zur Klimapolitik und zu einer verminderten Auslandabhängigkeit bei. Zwar haben wir beispielhafte Gebäudestandards, unser Brennstoffverbrauch sinkt, Wärmepumpen und Holzenergie gewinnen auch wegen der hohen Heizölpreise an Marktanteilen. Trotzdem: Wenige Länder in Nordeuropa verfeuern pro Kopf so viel Heizöl wie die Schweiz. Dabei liegen, bzw. wachsen Lösungen für dieses Problem vor unserer Haustür. Und die Erfahrung Österreichs zeigt uns, wie gross das Substitutionspotenzial der Biomasse im Wärmebereich ist: Österreich setzt fünfeinhalbmal mehr Biomasse ein als die Schweiz!

Die Ausrichtung an den Grundprinzipien der Nachhaltigkeit zwingt die Energiepolitik, sich internationaler zu positionieren:

1. Für das **E der Energieversorgungssicherheit** ist ein freier Energiehandel unabdingbar. Für die Schweiz, die 80% ihrer Primärenergie einführt, sind diversifizierte und verlässliche Energieimporte vital.
2. Für das **E des Wirtschaftswachstums** braucht es einen freien Energiemarkt. Zum Beispiel kann zertifizierte Schweizer Wasserkraft effizient eingesetzt werden. Sie kann unter anderem als Ersatz für nicht kontinuierliche Windkraft in Nordeuropa dienen.
3. Das **ökologische E**, und besonders die flexiblen Mechanismen des Kyoto-Protokolls, werden die internationalen Dimensionen erweitern: Die Massnahmen der Klimarappen-Stiftung im Ausland und die Anbindung an den EU-Emissionshandel sind dabei nur die ersten Schritte. Denn schon heute ist klar: Grosse Schwellenländer können nur durch einen verstärkten Transfer von Energietechnologie überzeugt werden, dass das Kyotoprotokoll eine Fortsetzung haben muss. Dies wird eine Herausforderung für unsere Entwicklungszusammenarbeit werden, aber auch eine Chance für die Wirtschaft, die sich darauf einstellt.

Katrina hat aufgezeigt, wie sehr wir verpflichtet sind, die drei Grundpfeiler der Nachhaltigkeit zu pflegen. Die Schweiz ist bereit, im Einvernehmen mit ihren Partnern in der EU und der IEA, das ihre dazu beizutragen,

- damit der Grundpfeiler der Energieversorgungssicherheit nicht einstürzt,
- damit die Risse im wirtschaftlichen Grundpfeiler gestopft werden,
- so dass das Fundament des ökologischen Grundpfeilers verstärkt wird.

Jubiläen, bei denen wir nostalgisch zurückblicken, ersticken und führen zu Verkalkung und Erstarrung. Jubiläen, die wir für die Zukunft nutzen, erneuern und erwecken neue Impulse und neues Leben. Ich danke Ihnen, dass Sie alle gewillt sind, an den notwendigen Erneuerungen unserer Energiepolitik mit zuarbeiten.